

# Hinweise

zum Planfeststellungsverfahren bei Bundesfernstraßen  
mit Hinweisen zum ergänzenden Verfahren nach § 75 Abs. 1a S. 2 VwVfG, § 17d FStrG

## **I. Rechtsgrundlagen und Inhalt der Planfeststellung**

1. Die Planfeststellung ist im Bundesfernstraßengesetz (FStrG) in Verbindung mit den §§ 72 bis 78 des Verwaltungsverfahrensgesetzes (VwVfG) sowie den §§ 15 bis 27 des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPg) geregelt.
2. Vor dem Bau neuer oder der Änderung bestehender Bundesfernstraßen muss der Plan festgestellt werden, sofern nicht eine Plangenehmigung gemäß § 74 Abs. 6 VwVfG erteilt werden oder die Planfeststellung nach § 74 Abs. 7 VwVfG entfallen kann.

Ebenso bedarf es eines neuen Planfeststellungsverfahrens, wenn vor Fertigstellung eines Vorhabens der bereits festgestellte Plan im Rahmen einer Planergänzung im ergänzenden Verfahren geändert werden soll. Bei Planänderungen von unwesentlicher Bedeutung kann die Planfeststellungsbehörde von einem neuen Planfeststellungsverfahren absehen, wenn die Belange anderer nicht berührt werden oder wenn die Betroffenen der Änderung zugestimmt haben, § 76 Abs. 2 VwVfG.

Gegenstand der Planfeststellung ist ein Plan, bestehend aus Zeichnungen und Erläuterungen, die den Anlass des Vorhabens (Bedarfsgründe),

- wo,
- in welchem Umfang und
- in welcher Weise

eine Bundesfernstraße neu angelegt oder geändert werden soll, und die von dem Vorhaben betroffenen Grundstücke und Anlagen erkennen lassen.

3. Die Vorbereitung des Planes erfolgt durch den Träger der Straßenbaulast (die Straßenbauverwaltung). Dabei ist ihr ein planerisches Gestaltungsermessen eingeräumt, das durch den Grundsatz der Abwägung, alle von dem Vorhaben berührten öffentlichen und privaten Belange einschließlich der Umweltverträglichkeit zu berücksichtigen, gebunden ist, § 17 S. 2 FStrG.
4. Die Planfeststellungsbehörde entscheidet darüber, ob und mit welchen Schutzvorkehrungen das Planvorhaben durchgeführt werden darf (Zulässigkeit des Vorhabens). Ihr ist dabei ein nachvollziehendes Planungsermessen eingeräumt. Sie stellt sicher, dass alle von dem Vorhaben berührten öffentlichen und private Belange ermittelt werden, prüft die Vereinbarkeit des Vorhabens mit den geltenden Bestimmungen des öffentlichen Rechts und wägt ab, wie die von dem Vorhaben berührten unterschiedlichen und z.T. widerstreitenden Belange in einen ihrer Gewichtigkeit entsprechenden und allgemeinwohlverträglichen Ausgleich zu bringen sind. Die abschließende Sachentscheidung (der Planfeststellungsbeschluss) legt fest, ob, wo und wie das Bauvorhaben

durchgeführt werden kann. Dabei wird auch entschieden, inwieweit in die Rechte anderer eingegriffen werden darf. Jedes Vorhaben, das zu seiner Durchführung einen Eingriff in privates Eigentum erfordert, muss überwiegend dem Wohl der Allgemeinheit dienen (Artikel 14 des Grundgesetzes).

Durch die Planfeststellung werden die öffentlich-rechtlichen Rechte und Pflichten der Straßenbauverwaltung und der Betroffenen im Zusammenhang mit dem geplanten Bauvorhaben geregelt. Der Planfeststellungsbeschluss berechtigt die Straßenbauverwaltung jedoch nicht, unmittelbar in private Rechte einzugreifen. Hierzu muss sie sich entweder mit den Betroffenen einigen (z.B. durch Bauerlaubnis oder Kaufvertrag) oder es muss zusätzlich ein förmliches Enteignungsverfahren durchgeführt werden. Die Höhe der Entschädigung für solche Eingriffe kann durch die Planfeststellung nicht geregelt werden.

## II. Verfahren (allgemein), Veränderungssperre, Anbaubeschränkungen

1. Zu der Planung kann sich jede Person, deren Belange durch das Vorhaben berührt werden, äußern. Jede Person kann ihre eigenen Vorstellungen zu der Planung, rechtliche und tatsächliche Bedenken und Anregungen sowie Änderungswünsche vortragen.  
Über die Äußerungen entscheidet die Planfeststellungsbehörde.
2. Sobald der Plan ausgelegt oder andere Gelegenheit gegeben ist, den Plan einzusehen, dürfen auf den vom Plan betroffenen Flächen bis zu ihrer Übernahme durch den Träger der Straßenbaulast wesentlich wertsteigernde oder den geplanten Straßenbau erheblich erschwerende Veränderungen nicht vorgenommen werden (**Veränderungssperre**, § 9a Abs. 1 FStrG). Veränderungen, die in rechtlich zulässiger Weise vorher begonnen worden sind (z. B. Fertigstellung eines vor Auslegung des Planes bereits baurechtlich genehmigten und begonnenen Gebäudes), Unterhaltungsarbeiten und die Fortführung einer bisher ausgeübten Nutzung werden von der Veränderungssperre nicht berührt.  
Unzulässige Veränderungen bleiben bei der Anordnung von Vorkehrungen und Anlagen zum Schutz der Allgemeinheit oder Einzelner und im Entschädigungsverfahren unberücksichtigt.  
Sobald der Plan ausgelegt oder andere Gelegenheit gegeben ist, den Plan einzusehen, steht der Straßenbauverwaltung zudem gem. § 9a Abs. 6 FStrG an den vom Plan betroffenen Flächen ein **Vorkaufsrecht** zu.
3. Ebenfalls vom Beginn der Auslegung des Planes oder von dem Zeitpunkt an, zu dem den Betroffenen Gelegenheit gegeben wird, den Plan einzusehen, gelten gemäß § 9 Abs. 4 FStrG die **Anbaubeschränkungen** nach § 9 Abs. 1 und 2 FStrG. Das bedeutet:
  - a.) Außerhalb der Teile von Ortsdurchfahrten, die zur Erschließung der anliegenden Grundstücke bestimmt sind, dürfen längs der betroffenen Bundesfernstraße
    - o Hochbauten in einer Entfernung bis zu 40 m (bei Bundesautobahnen) bzw. bis zu 20 m (bei Bundesstraßen) nicht errichtet werden.

Hochbauten sind bauliche Anlagen jeder Art, die sich über das vorhandene Bodenniveau erheben.

- bauliche Anlagen jeglicher Art in einer Entfernung zwischen 40 und 100 m (bei Bundesautobahnen) bzw. zwischen 20 und 40 m (bei Bundesstraßen) nur nach Zustimmung der Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr errichtet, erheblich geändert oder andersartig genutzt werden.

Gemessen wird die Entfernung vom äußeren Rand der befestigten Fahrbahn.

b.) Für Grundstücke, die über eine Zufahrt oder einen Zugang an die Bundesfernstraße angeschlossen sind oder werden sollen, gelten zusätzliche Einschränkungen, wenn sich diese Zufahrt/ dieser Zugang außerhalb der Teile der Fernstraße befindet, die zur Erschließung der anliegenden Grundstücke bestimmt sind. Dann dürfen auf diesen Grundstücken

- bauliche Anlagen nur nach Zustimmung der Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr erheblich geändert oder andersartig genutzt werden, wenn die Zufahrt/ der Zugang bereits vorhanden ist bzw.
- bauliche Anlagen jeglicher Art nicht errichtet werden, wenn die Zufahrt/ der Zugang bisher lediglich geplant ist.

### **III. Das Anhörungsverfahren**

1. Im Anhörungsverfahren werden die Planunterlagen in den Gemeinden, in denen sich das Bauvorhaben voraussichtlich auswirkt, einen Monat lang zur freien Einsichtnahme ausgelegt.
2. Zu der Planung kann sich jede Person, deren Belange durch das Vorhaben berührt werden, äußern. Die Äußerung muss den geltend gemachten Belang und das Maß seiner Beeinträchtigung erkennen lassen. Die Äußerung ist bis zum Ende der in der Bekanntmachung genannten Äußerungsfrist schriftlich oder zur Niederschrift bei der Auslegungsgemeinde oder der Niedersächsischen Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr, Stabsstelle Planfeststellung, Göttinger Chaussee 76 A, 30453 Hannover zu erheben. Mit Ablauf der Äußerungsfrist sind für dieses Planfeststellungsverfahren alle Äußerungen ausgeschlossen, die nicht auf besonderen privatrechtlichen Titeln beruhen.
3. Nachdem der Plan ausgelegt und der Vorhabensträger Gelegenheit zur Stellungnahme zu den Äußerungen erhalten hat, erörtert die Anhörungsbehörde den Plan mit den Betroffenen, den beteiligten Behörden einschließlich der Gemeinden, auf deren Gebiet sich das Bauvorhaben auswirkt, eventuellen sonstigen Beteiligten und der Straßenbauverwaltung.  
Die Anhörungsbehörde kann auf eine Erörterung verzichten (§ 17a FStrG bzw. § 17d Satz 1 FStrG in Verbindung mit § 76 VwVfG).

### **IV. Der Planfeststellungsbeschluss**

Die Entscheidung der Planfeststellungsbehörde ergeht in Form eines Planfeststellungsbeschlusses. Dieser wird denjenigen, über deren Äußerungen in

dem Beschluss entschieden worden ist, mit Begründung und Rechtsbehelfsbelehrung zugestellt. Sind mehr als 50 Zustellungen erforderlich, so kann die Zustellung durch öffentliche Bekanntmachung ersetzt werden (§ 74 Abs. 5 VwVfG).

Eine Ausfertigung des Planfeststellungsbeschlusses wird mit Begründung, Rechtsbehelfsbelehrung und einer Ausfertigung des festgestellten Planes in den Gemeinden zwei Wochen lang zur Einsicht ausgelegt; der Ort und die Zeit der Auslegung werden ortsüblich bekannt gemacht.

Der Planfeststellungsbeschluss kann beim Oberverwaltungsgericht Lüneburg bzw. – bei einem in der Anlage zu § 17e Abs. 1 FStrG aufgeführten Vorhaben – nach § 50 Abs. 1 Nr. 6 der Verwaltungsgerichtsordnung beim Bundesverwaltungsgericht durch Klage angefochten oder seine Ergänzung durch Verpflichtungsantrag verlangt werden. Die Klage hat keine aufschiebende Wirkung, wenn für das planfestgestellte Vorhaben nach dem Fernstraßenausbaugesetz vordringlicher Bedarf festgestellt ist (§ 17e Abs. 2 S. 1 FStrG).

#### **V. Planergänzung und ergänzendes Verfahren nach § 75 Abs. 1a S. 2 VwVfG, § 17d FStrG**

1. Erhebliche Mängel der Abwägung oder Verfahrensfehler nach Maßgabe des Umweltrechtsbehelfsgesetzes führen nur dann zur Aufhebung des Planfeststellungsbeschlusses, wenn sie nicht durch Planergänzung oder ein ergänzendes Verfahren behoben werden können.
2. Planergänzungen, z.B. durch Hinzufügen oder Vorsehen zusätzlicher Schutzvorkehrungen oder zusätzlicher (Neben-)Bestimmungen, die den Planfeststellungsbeschluss im Übrigen unberührt lassen, liegen nur vor, wenn sie die Grundzüge der Planung unberührt lassen. Das Verfahren zur Planergänzung ist als Planänderungsverfahren nach § 17d FStrG in Verbindung mit § 76 VwVfG zu führen.
3. Verfahrensfehler sind Verstöße gegen Rechtsvorschriften, die den Ablauf des Feststellungsverfahrens, z.B. die Einleitung des Verfahrens, die Durchführung der Umweltverträglichkeitsprüfung, die Beteiligung der Öffentlichkeit und anderer Behörden auch an den Verfahrensschritten der Umweltverträglichkeitsprüfung und sonstige Verfahrensschritte betreffen.
4. Im Falle einer Klage gegen den Planfeststellungsbeschluss kann das Gericht anordnen, dass die Verhandlung bis zur Heilung von Verfahrensfehlern (§ 4 Abs. 1b Satz 3 UmwRG) oder zur Behebung von materiellen Fehlern, insbesondere Abwägungsmängeln ausgesetzt wird, soweit dies im Sinne der Verfahrenskonzentration sachdienlich ist. Ebenso kann die Planfeststellungsbehörde von sich aus eine Planergänzung vornehmen oder ein ergänzendes Verfahren durchführen, wenn ihr ein behebbarer Mangel des Planfeststellungsbeschlusses offenbar wird.

5. Ein nach Art der Planergänzung ggfls. durchzuführendes ergänzendes Beteiligungsverfahren ist auf den Gegenstand der Planergänzung oder die Behebung von Verfahrensfehlern und die ggfls. daraus abgeleiteten Änderungen des Vorhabens konzentriert. Soweit durch Planergänzung und ergänzendes Verfahren das Vorhaben im Übrigen nicht berührt wird, bleibt eine gegenüber den Betroffenen der Planung etwa bereits eingetretene Bestandskraft des Planfeststellungsbeschlusses deshalb erhalten. Betroffene, denen gegenüber der Planfeststellungsbeschluss bereits bestandskräftig geworden ist, können in einem Änderungsverfahren zur Planergänzung oder in einem ergänzenden Verfahren zur Fehlerbehebung nur geltend machen, dass sie durch die Planergänzung erstmals oder weitergehend als durch den Ausgangsplanfeststellungsbeschluss betroffen werden, es sei denn, dass ein Verfahrensverstoß vorliegt, der den Betroffenen die Möglichkeit der gesetzlich vorgesehenen Beteiligung am Entscheidungsprozess genommen habe.
6. Planbetroffene können daher gegen eine erneute Entscheidung in einem ergänzenden Verfahren nur dann und soweit klageweise vorgehen, wenn diese in einer Änderung des Vorhabens besteht und sie dadurch erstmals oder weitergehend als durch den Ausgangsplanfeststellungsbeschluss betroffen werden (BVerwG, Urt. v. 15.07.2016, 9 C 3.16, Rn. 61 Waldschlößchenbrücke); anerkannte Umweltvereinigungen können rügen, dass Umweltbelange erstmals oder stärker als bisher berührt seien.
7. Planbetroffene, die gegen den Ausgangsplanfeststellungsbeschluss Klage geführt haben, können gegen die Entscheidung im ergänzenden Verfahren ferner geltend machen, dass etwa die vom Gericht festgestellten Mängel oder die Mängel, wegen derer ein (freiwilliges) Fehlerbehebungsverfahren durchgeführt wurde, nach wie vor nicht behoben seien; mit Blick auf die Rechtskraft eines etwaigen Feststellungsurteils kann nicht geltend gemacht werden, dass der Ausgangsplanfeststellungsbeschluss über die Beanstandungen des Gerichts hinaus an weiteren Fehlern leide (vgl. [BVerwG, Urteil vom 8. Januar 2014 - 9 A 4.13](#) - [BVerwGE 149, 31 Rn. 28](#) m.w.N.).